

Die Zukunft der Vergangenheit

Roland Jahn will die Stasi-Unterlagen-Behörde offenbar auf Dauer erhalten – eigentlich sollte 2019 das Bundesarchiv die Spitzelberichte übernehmen.

Zu Terminen kommt Roland Jahn am liebsten zu Fuß, obwohl ihm Dienstwagen und Chauffeur zur Verfügung stehen. Statt Anzug und Krawatte trägt er meistens Jeans und offenes Hemd. Und dass sein Amt nun „Jahn-Behörde“ heißen könnte, so wie es zuvor die Namen Gauck und Birkler trug, schmeichelt ihm nicht.

Seit gut einem Jahr ist Jahn, ein ehemaliger Bürgerrechtler und ARD-Journalist, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. „Von Mensch zu Mensch“ will er die Belange seiner Behörde im Gespräch regeln. Der Apparat solle ihn nicht verändern, sagt Jahn. Was viele überrascht: Er will offenbar auch das Amt wie vorgefunden erhalten.

2019 sollte die Stasi-Unterlagen-Behörde eigentlich abgewickelt werden. 30 Jahre nach dem Ende der DDR gehören die Akten ins Bundesarchiv, so lautete bislang ein parteiübergreifender Konsens. Die Ära spektakulärer Stasi-Enthüllungen könnte dann übergehen in eine Epoche der unaufgeregten Dokumentenpflege.

In aller Stille arbeitet Jahn daran, den Kurs zu ändern. Aus der Sonderinstitution soll eine Dauereinrichtung werden. Die letzte noch in der DDR gegründete Institution würde ohne Verfallsdatum erhalten bleiben.

Die neue Linie sorgt nun für Streit unter ehemaligen Dissidenten und Historikern. Vor allem im Beirat von Jahns Behörde gibt es Kritik. Als das Gremium Ende März unter Leitung des Theologen Richard Schröder tagte, fragten Mitglieder, wie sich Jahn das Ende seiner Behörde vorstelle. Er sei ausgewichen, berichten Teilnehmer.

Stattdessen legte Beiratsmitglied Markus Meckel, der letzte Außenminister der DDR, mit Co-Autor Jörn Mothes „Thesen zur Zukunft der Behörde“ vor. Darin plädieren sie für eine geordnete Auflösung und fordern konkrete Planungen. Auch künftig bedürfe es zwar rechtlicher Sonderbedingungen für den Umgang mit Stasi-Akten, „aber nicht der Existenz einer Sonderbehörde“. So sieht es auch Beiratschef Schröder.

Noch in der Großen Koalition hatten sich die Experten von SPD und CDU



Behördenchef Jahn: „Solange die Gesellschaft das will“

2008 informell auf das Transferdatum 2019 verständigt. Dann läuft eine andere Ostspezialität aus, der Solidarpakt. Außerdem enden 2019 alle Stasi-Überprüfungen im Öffentlichen Dienst. Ohne Überprüfungen, so die Logik, auch keine Extra-Behörde. Im Koalitionsvertrag von Union und FDP wurde 2009 dann „eine Expertenkommission“ versprochen, die die Entwicklung der Aufgaben des Bundesbeauftragten „analysiert und Vorschläge macht, ob und in welcher Form diese mittel- und langfristig zu erfüllen sind“.

Bis heute ist eine derartige Kommission nicht einberufen. Zuständig ist dafür Jahns Dienstherr, der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann (CDU). Doch der scheut die Auseinandersetzung mit der zerstrittenen Dissidenten-Szene. Zudem ist aus Sicht der Unionsstrategen die Stasi-Akten-Behörde eine nützliche Verbündete: Die Auskünfte schaden in der Regel den Linken.

Da werde wohl klammheimlich ein Konsens aufgekündigt, empört sich Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD). Es gebe einen „klaren Auftrag an den Behördenleiter, sich Gedanken über die Umstrukturierung zu machen“. Davor dürfe sich Jahn nicht drücken.

Dessen Vorgängerin Marianne Birkler hatte bereits einem behutsamen Rückbau der Behörde zugestimmt, die bis heute 1600 Mitarbeiter hat. Um den Jahresetat von rund 100 Millionen Euro zu senken, sollte etwa die Zahl der Außenstellen von ursprünglich 14 auf 8 reduziert werden.

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit stoppte Jahn dieses Vorhaben. Mitte April traf er sich mit Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD). Die beiden sprachen sich für den Erhalt der drei Außenstellen in

dem Bundesland aus. Sie garantierten Bürgernähe, argumentiert Jahn. Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) will die geplante Schließung der Außenstelle Magdeburg verhindern. „Ich möchte, dass Roland Jahn ausreichend Argumente hat, um das Konzept in unserem Sinne zu korrigieren“, so Haseloff.

Jahn, dessen Amtszeit bis 2016 läuft, mag sich nicht an Abwicklungsdebatten beteiligen. „Wir kümmern uns um die Aufarbeitung, solange die Gesellschaft das will“, sagt er. „Wir sind Dienstleister.“ Aktuell plant er, aus der ehemaligen Berliner Stasi-Zentrale einen „Campus für Demokratie“ zu schaffen.

Solche Vorhaben schüren Zweifel, weil die Stasi-Akten-Behörde anderen in die Quere kommt, der Stiftung Aufarbeitung etwa, die vom Bund jährlich drei Millionen Euro erhält und 25 Mitarbeiter beschäftigt. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Meckel, der auch deshalb Jahns Ambitionen bremsen möchte.

Und noch einer lauert: Thomas Krüger, der Chef der Bundeszentrale für politische Bildung. In scharfen Briefen mahnte er mehrfach, die Stasi-Akten-Behörde möge ihren Auftrag nicht überdehnen. Bildungsarbeit zum Thema DDR – das sei der Job der Bundeszentrale. „Sinnvoll und nötig ist eine Diskussion um die Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten“, so Krüger.

Davon will Jahn nichts wissen, er redet lieber über „neue Aufgaben“. Um die Zukunft der Vergangenheit, scheint es, ist Jahn nicht bange. Neuerdings könnten ja auch Angehörige von Verstorbenen Akteneinsicht beantragen, das bringe viel zusätzliche Arbeit.

STEFAN BERG